

## Wahlkampf: Wettrennen JEEP gegen LRT

Am 10. Februar hat offiziell der Wahlkampf für die Präsidentschafts- und Senatorenwahlen am 11. Mai begonnen. Insgesamt ließen sich rund achtzig Personen als Kandidaten um das Präsidentenamt registrieren, zwölf als Vize-Präsidenten-Bewerber und über hundert als Kandidaten für ein Senatorenamt. Nur sieben werden reelle Chancen für den Einzug in den Malacanang eingeräumt, sie sind von der COMELEC (Commission on Election) befreit worden von einer Anhörung Ende Februar, bei der die Bewerber plausibel machen müssen, daß sie in der Lage sind, eine landesweite Kampagne auf die Beine zu stellen und durchzuhalten.

Es handelt sich um: - Vizepräsident und Oppositionsführer, den populären Schauspieler JOSEPH ESTRADA, sein Partner für das Amt des Vizepräsidenten ist Senator Edgar do Angara, — Parlamentssprecher JOSÉ DE VENECIA, als Kandidat der regierenden Ramos-Partei, — Senator Raul ROCO, Rechtsanwalt, der für

das linke Bündnis »Aksyon« antritt und als sehr qualifiziert gilt, aber über keine allzu finanzkräftige Wahlkampfmaschinerie verfügt. Roco setzt sich auch besonders für Frauenfragen ein und darf sich den Titel »Frau honoris causa« gefallen lassen. - ALFREDO LIM, den Bürgermeister von Manila, - den früheren Verteidigungsminister RENATO DE VILLA, - Oppositions-Senatorin und bereits früher sehr erfolgreiche MIRIAM DEFENSOR-SANTIAGO, die ihre Kampagne unter den Slogan »die Rückkehr des Yedi« stellte — Senator und Ex-Verteidigungsminister JUAN PONCE ENRI-LE, der zwar keine Partei hinter sich hat, aber über Popularität und das größte Vermögen verfügt. Auch Imelda Marcos hat ihren Hut in den Ring geworfen, ihr wird vermutlich eine Verurteilung zu zwölf Jahren Gefängnis zum Hindernis. Die ehemalige First Lady ist gegen Kautions auf freiem Fuß.

Nur zwei Wochen vor Wahlkampfbeginn hatte die regie-

rende Lakas-NUCD von Präsident Ramos ihre Kandidaten gekürt. Parlamentssprecher José de Venecia ist unter den drei aussichtsreichen Aspiranten aus den Reihen seiner Partei gewählt worden, für das Vizepräsidentenamt bewirbt sich die Senatorin Gloria Macapagal-Arroyo, die ursprünglich mit einer eigenen Partei antreten wollte, aber nach ihren Worten » von ihren Financiers im Stich gelassen worden« sei. In Anspielung auf das Wahlkampf Kürzel des Konkurrenten Joseph Estrada »JEEP« (Joseph Ejercito Estrada for President) wählte die Regierungspartei das Akronym »LRT« (Lakas Reform Transit), zugleich die Abkürzung für Manilas Hochbahn. (Light Rail Transit). Somit hat in der öffentlichen Diskussion ein verbales Wettrennen zwischen Jeep und LRT die Cha-Cha- und Samba-Schritte der letzten Monate abgelöst.

In seiner Rede bei der Kandidatenkür sagte Ramos nach einer Entschuldigung bei den anwesenden Jeepney-Fahrern,

# nachrichten

das Konzept des LRT gegen Jeepney treffe den Kern dessen, was seine Partei den Filipinos bieten wolle und was die anderen Parteien nicht leisten könnten. Seine Partei habe das Fahrzeug geschaffen, mit dem die Philippinen an die Spitze des globalen Rennens fahren werden. Pikanterweise wurden kurz darauf Pläne der Regierung bekannt, den Fahrpreis für Manilas LRT-Bahn zu erhöhen. Zu einer Wahlkampf-Fahrt ihrer Senatoren-Kandidaten mit dem LRT waren De Venecia und Arroyo nicht erschienen.

vgl. *MT Internet* 25.1., 26.1., 10.2., 14.2. und 21.2.98, *MB Internet* 10.2.98, *Reuters* 13.2. und 21.2.98

### Weltweit gegen Kinderarbeit

Bei einer Kundgebung in Manila wurde Ende Januar das Startsignal gegeben für einen weltweiten Protestmarsch gegen Kinderarbeit, der am 30. Mai in Genf seinen Höhepunkt erreichen soll. Dort berät die Internationale Arbeitskonferenz (ILO) über eine neue Konvention gegen Kinderarbeit. Zum Auftakt versammelten sich in Manila 5000 Kinder und ihre Interessenvertreter. Der Protestmarsch wird fortgesetzt in Vietnam und von dort zu Fuß durch mehrere Staaten Südasiens und später Station machen im Iran und der Türkei.

vgl. *AFP* 18.1.98, *RTR* 18.1.98

### Verzögerungen bei Verhandlungen mit NDF

Die Verhandlungsdelegationen von Regierung und NDF haben für die Verzögerungen bei ihrem Menschenrechtsabkommen, welches ursprünglich Mitte Februar unterzeichnet werden sollte, einen gemeinsamen Sündenbock gefunden. Beide Seiten verweisen auf den Vorsitzenden der »Presidential Commission on Good Government (PCGG), Magtanggol Gunigundo, der nicht rechtzeitig eine Formel gefunden habe, nach der Opfer von Menschenrechtsverletzungen der Marcos-Schergen entschädigt werden sollen. Nur von dieser Formel hänge die Unterzeichnung des Abkommens ab, erklärte Justizminister Silvestre Bello als Mitglied der Regierungsdelegation.

vgl. *MT Internet*, 12.2.98

### Müllverbrennungsanlage heftig umstritten

In San Mateo, Provinz Rizal, soll für 380 Millionen Dollar eine Müllverbrennungsanlage gebaut werden, die unter anderem auch den Müll der Hauptstadt aufnehmen soll. Erst im Dezember, nach der Unterzeichnung eines Vertrags zur Errichtung der Anlage, begannen die Behörden aufgrund von Protesten mit der Diskussion um mögliche Umwelt- und Gesundheitsschäden. Anfang Februar demonstrierten die Anliegergemeinden gegen die Müllverbrennungsanlage. Der Bürgermeister von San Mateo erklärte, er selbst sei zu diesem Thema nie befragt worden.

vgl. *MT Internet* 3.2. und 14.2.98

### Neues Militärabkommen

Sechs Jahre nach der Schließung der amerikanischen Stützpunkte auf den Philippinen haben beide Länder Mitte Januar ein neues Militärabkommen unterzeichnet. Der Vertrag muß noch vom philippinischen Senat gebilligt werden. Wie US-Verteidigungsminister William Cohen in Jakarta mitteilte, können mit der Vereinbarung gemeinsame Manöver und Schiffsbesuche wieder aufgenommen werden. Die Eröffnung neuer Stützpunkte auf den Philippinen, um die es Ende des vergangenen Jahres heftige Gerüchte gegeben hatte, sei vorerst nicht geplant, werde jedoch langfristig nicht ausgeschlossen, erklärte Cohen.

vgl. *RTR* 14.1.98

# nachrichten

## **Wirtschaft: Regierungsausgaben um ein Viertel verringern**

Regierungsvertreter und Wirtschaftsleute schlugen auf dem »nationalen Wirtschaftsgipfel« Mitte Februar vor, zur Linderung der Auswirkungen der Währungskrise alle Regierungsausgaben um 25 Prozent zu senken und zwar auch die Zuteilung von Geldern an die Parlamentsabgeordneten. Alle Kongressabgeordneten erhalten jährlich etwa 50 Millionen Pesos an »pork barrel funds«, das sind Mittel aus Haushaltsposten über deren Verwendung die Parlamentarier frei verfügen können. Die Senatoren verfügen über eine noch größere Summe. Einige Abgeordnete haben bereits Bereitschaft signalisiert, ihre Zuweisungen zu verringern.

vgl. Manila Times, Internet 12.2.98

## **Neue Verkehrswege in Manila**

Eine neue 15 Kilometer lange Autobahn zwischen Pasig und Makati soll die Verkehrssituation im Osten von Metro Manila verbessern. Ein philippinisch-japanisches Konsortium will die Trasse ab Oktober 98 errichten.

Umweltfreundliche Verkehrsentslastung soll durch eine neue Linie des LRT (Light Rail Transit) zwischen Sta. Cruz und Fairview erfolgen.

vgl. MT Internet, 31.1.98

## **Bauernvertreter fordern zusätzliche Mittel für Agrarreform**

Für die Fortführung der Agrarreform sollen Kongreßabgeordnete in den nächsten zehn Jahren 50 Milliarden Peso aus dem landesweiten Entwicklungsfond (CDF), aus dem die Parlamentarier Zuteilungen erhalten, zur Verfügung stellen. Das fordern Vertreter der NGO PARRDS (Partnership for Agrarian Reform and Rural Development Services). Das für die Agrarreform seit 1988 zur Verfügung gestellte Budget wird in diesem Jahr aufgebraucht sein. Mehr als drei Millionen Hektar Land sollen aber noch an Farmer verteilt werden. Das Landreformministerium veranschlagt 75 Milliarden Peso für die nächsten zehn Jahre, um die Agrarreform voll umzusetzen. In dieser Summe sind auch Mittel vorgesehen, um Land für Farmarbeiter zu kaufen, die Arbeit und Wohnsitz verlieren werden, wenn am 15. Juni dieses Jahres die Gültigkeit eines Gesetzes endet, das die Aufteilung kommerzieller Farmen, also auch von Plantagen, verschoben hatte.

vgl. MT Internet 12.2.98

## **Geldstrafen gegen Kirchenführer**

Gegen hohe Kirchenführer hat die Zentralbank der Philippinen Geldstrafen verhängt, weil sie eine kirchliche Sparkasse (die älteste des Landes) im vergangenen Jahr fast in den Ruin getrieben haben. Die Bank, deren Hauptaktionär die Erzdiözese Manila ist, hatte im April 1997 wegen Zahlungsunfähigkeit zeitweise schließen müssen. Die Direktoriumsmitglieder der »Monte de Piedad Savings Bank« müssen wegen schlechten Wirtschaftens und wegen Buchführungsfehlern zwischen 50.000 und 80.000 Pesos Strafe zahlen.

vgl. dpa 4.1.98

## **Kräftige Finanzspritzen**

Entwicklungshilfegelder in Höhe von 5,3 Milliarden Mark wird die philippinischen Regierung für 1998 von der internationalen Staatengemeinschaft erhalten.

Bei seinem Besuch auf den Philippinen Anfang Februar hat Weltbankpräsident James Wolfensohn den Philippinen einen Kredit in Höhe von 500 Millionen Dollar zugesagt. Darüber hinaus versprach er, sich für zusätzliche Investitionen in den Philippinen einzusetzen. »Das Land steht am unteren Ende der Risiko-Skala«, sagte er. Bei seiner Tour durch sechs südostasiatische Länder sprach er sich wiederholt für Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aus, um die

sozialen Folgen der Krise in Asien abzufedern.

Bei der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) bewerben sich die Philippinen um einen Kredit in Höhe von 500 Millionen Dollar, um vor allem Kraftwerksbauten und Luftreinhalungsprogramme voranzutreiben. Einen Landesentwicklungskredit in Höhe von 480 Millionen Dollar hat die ADB den Philippinen bereits im Januar zugesagt. Über weitere 500 Millionen bis eine Milliarde Dollar zur Abmilderung der Währungskrise will die philippinische Regierung noch verhandeln.

vgl. dpa 19.12.97 u. 5.2.98, MT Internet 12.2.98

## **Restliche Marcos-Gelder freigegeben**

Das Vermögen des verstorbenen Diktators Ferdinand Marcos in der Schweiz kann voll an die Philippinen zurückgegeben werden. Das entschied das Schweizer Bundesgericht Mitte Januar und beendete damit einen zwölfjährigen Rechtsstreit. Die kriminelle Herkunft der Gelder könne nicht bestritten werden, urteilte das Gericht und wies somit die letzten Beschwerden der Marcos-Erben ab. Freigegeben sind damit mehr als 460 Millionen Dollar, nachdem die Sperrung für einen ersten Teil des Vermögens in Höhe von

100 Millionen Dollar bereits im Dezember aufgehoben worden war. Das Bundesgericht knüpft die Rückgabe der Gelder an Auflagen. So muß auf den Philippinen in einem gerichtlichen Verfahren entschieden werden, wie die Vermögenswerte an die Opfer des Regimes zurückerstattet werden. Die Behörden müssen darüber regelmäßig informieren. Die philippinischen Behörden haben bis Ende März Zeit, entsprechende Garantien abzugeben. Danach kann das Geld ausgezahlt werden.

vgl. dpa 15.1.98, AFP15.1.98

## **Inflationsrate zurückgegangen -**

Die Inflationsrate ist auf den Philippinen im Jahresdurchschnitt von 1997 auf 5,1 Prozent zurückgegangen. Im Vorjahr hatte der Preisanstieg noch bei 8,4 Prozent gelegen. Für 1998 geht die Regierung von einem Preisanstieg zwischen 6,5 und 7,5 Prozent aus.

In einem Interview mit der »Welt am Sonntag« erklärte Ramos, die Philippinen würden sich schneller als andere Länder aus der Asienkrise befreien können. Die Philippinen hätten bereits vor fünf Jahren das Reformprogramm aufgelegt, das jetzt der Internationale Währungsfond von anderen Staaten der Region fordert.

Ramos rechnet auch für 1998 mit Wirtschaftswachstum, auch wenn es unter sechs Prozent bleiben werde. Etwas skeptischer zeigten sich Wirtschaftsleute bei einer Umfrage durch ein Fachinstitut Anfang Februar. 46 Prozent der Befragten glauben, die Wirtschaftsdaten werden in den nächsten drei Monaten gleich bleiben. Ebenso viele sind der Meinung, sie werden sich weiter verschlechtern. Nur acht Prozent glauben an schnelle Besserung. Ihre größten Sorgen seien die hohen Zinsen, gaben 80 Prozent der Experten an.

vgl. dpa 5.1.98, RTR 15.2.98, MT Internet 21.2.98